

DOI: 10.5771/0342-300X-2018-5-401

Europäischer Tarifbericht des WSI – 2017/2018: Lohnentwicklung und Ungleichheitsdynamiken

Die Belebung der europäischen Konjunktur spiegelt sich zunehmend auch in einem stärkeren Lohnwachstum wider. Aufgrund der ebenfalls anziehenden Preisentwicklung wuchsen die Reallöhne in der Europäischen Union mit 0,4 % (2017) und voraussichtlich 1,0 % im Jahr 2018 aber weiterhin nur sehr moderat. In vielen Ländern wird damit der Verteilungsspielraum – der sich aus der Entwicklung von Preisen und Produktivität ergibt – nicht voll ausgeschöpft. Die Verteilungswirkungen der Lohnpolitik stehen im Fokus des diesjährigen europäischen Tarifberichts, der die Rolle von Lohnquote und Lohnspreizung für gesamtgesellschaftliche Ungleichheitsdynamiken beleuchtet. Um Europa auf einen nachhaltigen und inklusiven Wachstumspfad zu bringen und die Ungleichheit zu bekämpfen, sind eine Stärkung der Arbeitsmarktinstitutionen und eine Erhöhung der Tarifbindung unerlässlich.

MALTE LÜBKER, THORSTEN SCHULTEN

1 Einleitung: Lohnentwicklung und Ungleichheitsdynamiken

Für private Haushalte sind Löhne und Gehälter nach wie vor die mit Abstand wichtigste Einkommensquelle. Innerhalb der Europäischen Union (EU-28) machten die Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2016 51,3 % der gesamten Vorsteuereinkommen aus.¹ Die Lohnentwicklung hat damit eine überragende Bedeutung für den Lebensstandard der 514 Mio. Einwohner der Europäischen Union. Zudem prägen Löhne die Ungleichheitsdynamiken in Europa auf zweierlei Weise: So beeinflusst die Lohnspreizung – also der Abstand zwischen Geringverdienern und Besserverdienern – die Verteilung der Haushaltseinkommen direkt. Zudem führt ein Absinken der Lohnquote und der damit verbundene Anstieg der Kapitalquote nahezu zwangsläufig zu größerer Ungleichheit, da sich die Kapitaleinkommen auf die reichsten Haushalte konzentrieren.

In der ökonomischen Literatur wurde lange Zeit die Auffassung vertreten, dass diese Dynamiken im Wesentlichen eine Folge der Globalisierung und des technischen Fortschritts seien und sich damit dem Zugriff der Politik weitgehend entzögen (Galor/Moav 2000; Acemoglu 2002). Inzwischen setzt sich jedoch immer mehr die Erkenntnis durch, dass neben der Deregulierung der Finanzmärkte die Veränderungen im institutionellen Gefüge der

Arbeitsmärkte ein entscheidender Faktor für den Anstieg der Ungleichheit in den westlichen Industrieländern sind (Jaumotte/Osorio-Buitron 2015). Hierbei kommt den Lohnsetzungsinstitutionen und damit der Tarifpolitik eine besondere Bedeutung zu: ein höherer gewerkschaftlicher Organisationsgrad, eine höhere Tarifbindung und eine größere Zentralisierung der Tarifverhandlungen mit umfassenden Flächentarifverträgen führen nach übereinstimmenden Forschungsergebnissen zu einer Reduzierung von Ungleichheit (Pontusson et al. 2002; Hayter 2015; Kristal/Cohen 2017).

Vor diesem Hintergrund analysiert der diesjährige Europäische Tarifbericht die aktuelle Tarif- und Lohnentwicklung in der Europäischen Union (EU) und schreibt

¹ Weitere Einkommensquellen sind Transfereinkommen (24,2 %), Selbstständigeneinkommen und Bruttobetriebsüberschüsse (16,0 %) sowie Kapitaleinkommen (8,5 %). Die Daten beziehen sich auf den Haushaltssektor einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Datenquelle ist die Annual Macro-Economic Database (AMECO), die von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) der Europäischen Kommission bereitgestellt wird. (http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/index_en.htm). Auf diese Quelle wird, falls nicht anders angegeben, auch im Folgenden zurückgegriffen. Bei den Angaben für 2018 handelt es sich um Prognosenedaten der Europäischen Kommission, die am 3. Mai 2018 veröffentlicht wurden (vgl. Europäische Kommission 2018).

damit die regelmäßige Berichterstattung des WSI fort (Abschnitt 2–4). Ausgehend von den sich verbesserten ökonomischen Rahmenbedingungen weist er auf ein nach wie vor moderates Wachstum der Tarif- und Effektivlöhne hin und geht dann auf Veränderung in der Lohnquote und der Lohnungleichheit ein (5). Er schließt mit einem Plädoyer für eine Stärkung der Tarifvertragsinstitutionen als entscheidenden Bestandteil von Gleichheitspolitik (6).

2 Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik

2.1 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Die Tarifauseinandersetzungen in Europa finden weiterhin in einem relativ günstigen wirtschaftlichen Umfeld statt, das durch stabile Wachstumsraten geprägt wird. Für das Jahr 2018 rechnet die Europäische Kommission im EU-Durchschnitt mit einer Zunahme des *Bruttoinlandsproduktes* (BIP) von 2,3 %. Damit setzt sich die wirtschaftliche Erholung in der EU auf einem ähnlichen Wachstumspfad wie in den Vorjahren fort. Im Jahr 2017 stieg das EU-weite BIP um durchschnittlich 2,4 % und weist damit die seit zehn Jahren höchste Wachstumsrate auf.

Erstmals seit dem Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise waren die Wachstumsraten 2017 in allen 28 EU-Mitgliedsstaaten positiv (siehe *Tabelle 1*). Haupttriebkraft für die positive Wirtschaftsentwicklung bleibt die Binnen-nachfrage, auch wenn die Entwicklung des privaten Konsums 2017 aufgrund höherer Inflationsraten gegenüber den Vorjahren etwas an Dynamik verloren hat. Außerdem haben auch die Exporte in Regionen außerhalb Europas an Bedeutung gewonnen, was in einem wachsenden Leistungsbilanzüberschuss der EU gegenüber dem Rest der Welt zum Ausdruck kommt.

Die wirtschaftliche Dynamik ist innerhalb der EU trotz einer allmählichen Angleichung der Wachstums geschwindigkeiten allerdings noch immer deutlich ungleich ausgeprägt. So reicht die Spannweite des BIP-Wachstums im Jahr 2017 von 1,4 % (Griechenland) bis 7,8 % (Irland). Insbesondere die osteuropäischen EU-Länder, aber auch einige südeuropäische Staaten wie Malta, Portugal, Spanien und Zypern erreichten Wachstumsraten oberhalb des EU-Durchschnitts. Die großen westeuropäischen Volkswirtschaften Frankreich (1,8 %), Großbritannien (1,8 %) und Italien (1,5 %) wuchsen hingegen auch 2017 vergleichsweise langsam. Deutschland bewegt sich mit einem BIP-Wachstum von 2,2 % nah am EU-Durchschnitt. Für 2018 erwartet die Europäische Kommission, dass sich das Wachstum in den meisten EU-Staaten auf einem mit dem Vorjahr vergleichbaren Niveau weiter fortsetzt (Europäische Kommission 2018; Herzog-Stein et al. 2018; Hohlfeld et al. 2018)

2.2 Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Auch in der Belebung des Arbeitsmarkts macht sich das verbesserte gesamtwirtschaftliche Umfeld zunehmend bemerkbar, was tendenziell die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen stärkt. So sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 in der EU auf 7,6 %, was einem Rückgang um einen ganzen Prozentpunkt entspricht (*Tabelle 1*). Trotzdem waren im Jahresdurchschnitt noch immer 18,7 Mio. Menschen ohne Beschäftigung – und damit immer noch etwa 2 Mio. Menschen mehr als im Jahr 2008 vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise. Für 2018 geht die Europäische Kommission von einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 1,3 Mio. und daraus resultierend einem Absinken der Arbeitslosenquote auf 7,1 % aus.

Die Beschäftigungsdynamik ist allerdings in den einzelnen Mitgliedsländern der EU sehr unterschiedlich ausgeprägt. So bewegte sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 insbesondere in südeuropäischen Ländern wie Griechenland (21,5 %), Spanien (17,2 %) und Italien (11,2 %) noch weit oberhalb des Vorkrisenniveaus, mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Verhandlungspositionen der Gewerkschaften. Lediglich in fünf EU-Staaten hat die Arbeitslosigkeit mittlerweile das Niveau des Jahres 2008 unterschritten. Hierzu gehören neben Deutschland (3,8 %) auch Großbritannien (4,4 %), Polen (4,9 %), Rumänien (4,9 %) und Tschechien, das mit 2,9 % die EU-weit gerings- te Arbeitslosenquote aufweist.

2.3 Preis- und Produktivitätsentwicklung

Für Tarifverhandlungen sind die Konjunkturentwicklung und die Lage auf dem Arbeitsmarkt wichtige Rahmenbedingungen. In der Praxis orientieren sich die Gewerkschaften bei ihren Forderungen allerdings häufig an zwei konkreten Indikatoren: der *Preisentwicklung* und dem *Produktivitätswachstum* (*Tabelle 2*). Zusammen bilden diese den *lohnpolitischen Verteilungsspielraum*. Wenn die Tarifparteien ihn voll ausschöpfen, bedeutet dies aus Sicht der Beschäftigten eine gleichberechtigte Teilhabe an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Aus Sicht der Arbeitgeber führt eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik zu konstanten Lohnstückkosten und einem stetigen Wachstum der Bruttobetriebsüberschüsse. Der lohnpolitische Verteilungsspielraum kann also auch als Richtwert für verteilungspolitisch neutrale Lohnerhöhungen gesehen werden, bei dessen Befolgung sowohl die Lohn- als auch die Kapitalquote konstant bleiben.

Während dieses Argument im Grundsatz allgemein anerkannt ist, sind wichtige Details seiner Anwendung strittig. So werden zur Messung der allgemeinen Preisentwicklung traditionell die Verbraucherpreise angesetzt, da diese Veränderungen die für Arbeitnehmer entscheidenden Lebenshaltungskosten widerspiegeln. Entsprechend stellt eine Anpassung der nominalen Löhne an

TABELLE 1

Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, 2015–2018

	Bruttoinlandsprodukt ^A				Arbeitslosigkeit ^B			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Nordeuropa								
Dänemark	1,6	2,0	2,2	1,8	6,2	6,2	5,7	5,5
Finnland	0,1	2,1	2,6	2,5	9,4	8,8	8,6	8,4
Schweden	4,5	3,2	2,4	2,6	7,4	6,9	6,7	6,3
Westeuropa								
Belgien	1,4	1,5	1,7	1,8	8,5	7,8	7,1	6,4
Deutschland	1,7	1,9	2,2	2,3	4,6	4,1	3,8	3,6
Frankreich	1,1	1,2	1,8	2,0	10,4	10,1	9,4	8,9
Großbritannien	2,3	1,9	1,8	1,5	5,3	4,8	4,4	4,4
Irland	25,6	5,1	7,8	5,7	10,0	8,4	6,7	5,4
Luxemburg	2,9	3,1	2,3	3,7	6,5	6,3	5,6	5,3
Niederlande	2,3	2,2	3,2	3,0	6,9	6,0	4,9	3,8
Österreich	1,1	1,5	2,9	2,8	5,7	6,0	5,5	5,2
Südeuropa								
Griechenland	-0,3	-0,2	1,4	1,9	24,9	23,6	21,5	20,1
Italien	1,0	0,9	1,5	1,5	11,9	11,7	11,2	10,8
Malta	9,9	5,5	6,6	5,8	5,4	4,7	4,0	4,0
Portugal	1,8	1,6	2,7	2,3	12,6	11,2	9,0	7,7
Spanien	3,4	3,3	3,1	2,9	22,1	19,6	17,2	15,3
Zypern	2,0	3,4	3,9	3,6	15,0	13,0	11,1	9,0
Osteuropa								
Bulgarien	3,6	3,9	3,6	3,8	9,2	7,6	6,2	5,5
Estland	1,7	2,1	4,9	3,7	6,2	6,8	5,8	6,0
Kroatien	2,3	3,2	2,8	2,8	16,1	13,4	11,1	9,6
Lettland	3,0	2,2	4,5	3,3	9,9	9,6	8,7	8,2
Litauen	2,0	2,3	3,8	3,1	9,1	7,9	7,1	6,8
Polen	3,8	3,0	4,6	4,3	7,5	6,2	4,9	4,1
Rumänien	4,0	4,8	6,9	4,5	6,8	5,9	4,9	4,5
Slowakei	3,9	3,3	3,4	4,0	11,5	9,7	8,1	7,1
Slowenien	2,3	3,1	5,0	4,7	9,0	8,0	6,6	5,6
Tschechien	5,3	2,6	4,4	3,4	5,1	4,0	2,9	2,4
Ungarn	3,4	2,2	4,0	4,0	6,8	5,1	4,2	3,7
EU 28	2,3	2,0	2,4	2,3	9,4	8,6	7,6	7,1

A Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr.

B Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).

Angaben für 2018: Prognose der Europäischen Kommission (2018).

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 3. Mai 2018), Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

die Inflation zunächst nur sicher, dass Kaufkraftverluste ausgeglichen werden. Der Europäische Tarifbericht des WSI betrachtet aus diesem Grund traditionell die Preisentwicklung, den Verteilungsspielraum und den Anstieg der Reallöhne aus Sicht der Arbeitnehmer, und zwar unter Verwendung des für alle EU-Länder verfügbaren Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Gegen diese arbeitnehmerorientierte Sichtweise lassen sich jedoch zwei Einwände erheben. So lässt sich erstens argumentieren, dass die Lohnpolitik deflationäre Ten-

denzen verstärkt, wenn sie sich an extrem niedrigen Inflationsraten orientiert. Wird statt der tatsächlichen Inflationsrate die Zielinflation der Europäischen Zentralbank (EZB) von „unter, aber nahe 2%“ angesetzt, weitet sich der lohnpolitische Verteilungsspielraum entsprechend aus (Horn/Watt 2017). Zweitens wird bei der Berechnung der realen Produktivitätsentwicklung ein anderes Verfahren angewendet, aus dem sich der sogenannte BIP-Deflator ergibt.² Dies ist solange unproblematisch, wie sich der HVPI und der BIP-Deflator parallel entwickeln. Wenn die

TABELLE 2

Preise, Arbeitsproduktivität und Verteilungsspielraum in der Europäischen Union, 2015–2018

	Preise ^A				Arbeitsproduktivität ^B				Verteilungsspielraum ^C			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Nordeuropa												
Dänemark	0,2	0,0	1,1	0,8	0,2	0,4	0,6	0,6	0,4	0,4	1,7	1,4
Finnland	-0,2	0,4	0,8	1,4	0,3	1,9	1,5	1,5	0,1	2,3	2,3	2,9
Schweden	0,7	1,1	1,9	1,9	3,0	1,5	0,1	1,0	3,7	2,6	1,9	2,9
Westeuropa												
Belgien	0,6	1,8	2,2	1,6	0,5	0,2	0,3	0,6	1,1	2,0	2,5	2,1
Deutschland	0,1	0,4	1,7	1,6	0,8	0,6	0,7	1,3	0,9	1,0	2,4	2,9
Frankreich	0,1	0,3	1,2	1,7	0,9	0,7	0,9	1,2	1,0	1,0	2,0	2,9
Großbritannien	0,0	0,7	2,7	2,5	0,6	0,5	0,7	1,0	0,7	1,2	3,4	3,5
Irland	-0,0	-0,2	0,3	0,8	22,5	2,3	5,8	3,4	22,4	2,1	6,1	4,2
Luxemburg	0,1	0,0	2,1	1,5	0,3	0,0	-1,0	0,1	0,3	0,1	1,1	1,6
Niederlande	0,2	0,1	1,3	1,6	1,2	0,9	1,2	0,7	1,4	1,0	2,5	2,2
Österreich	0,8	1,0	2,2	2,1	0,5	0,2	1,2	1,3	1,3	1,2	3,4	3,4
Südeuropa												
Griechenland	-1,1	0,0	1,1	0,5	-1,0	-0,7	-0,8	0,2	-2,1	-0,7	0,4	0,7
Italien	0,1	-0,1	1,3	1,2	0,3	-0,5	0,7	0,6	0,4	-0,5	2,0	1,9
Malta	1,2	0,9	1,3	1,6	5,7	1,4	1,1	1,8	6,9	2,3	2,4	3,5
Portugal	0,5	0,6	1,6	1,2	0,4	-0,0	-0,6	0,2	0,9	0,6	1,0	1,4
Spanien	-0,6	-0,3	2,0	1,4	0,3	0,3	0,2	0,2	-0,4	-0,1	2,3	1,6
Zypern	-1,5	-1,2	0,7	0,7	0,5	0,1	0,5	0,8	-1,1	-1,1	1,2	1,5
Osteuropa												
Bulgarien	-1,1	-1,3	1,2	1,8	3,3	3,4	1,7	2,7	2,2	2,1	2,9	4,5
Estland	0,1	0,8	3,7	2,9	-1,2	1,8	2,7	3,1	-1,1	2,6	6,4	6,0
Kroatien	-0,3	-0,6	1,3	1,4	1,1	2,9	0,6	1,1	0,8	2,2	1,9	2,5
Lettland	0,2	0,1	2,9	2,7	1,5	2,5	3,9	2,9	1,8	2,6	6,8	5,6
Litauen	-0,7	0,7	3,7	2,7	0,7	0,4	4,4	3,5	0,1	1,0	8,1	6,2
Polen	-0,7	-0,2	1,6	1,3	2,3	2,4	3,2	3,5	1,6	2,2	4,9	4,7
Rumänien	-0,4	-1,1	1,1	4,2	5,3	5,8	4,2	3,6	4,9	4,7	5,3	7,8
Slowakei	-0,3	-0,5	1,4	2,4	1,8	0,9	1,2	2,6	1,5	0,4	2,6	5,0
Slowenien	-0,8	-0,2	1,6	1,9	1,0	1,2	2,2	2,4	0,2	1,0	3,7	4,3
Tschechien	0,3	0,6	2,4	2,1	3,8	1,3	2,8	2,6	4,1	1,9	5,2	4,7
Ungarn	0,1	0,4	2,4	2,3	0,9	-0,4	2,0	3,1	1,0	0,0	4,4	5,3
EU 28	-0,0	0,3	1,7	1,7	1,2	0,7	0,9	1,2	1,2	1,0	2,6	2,9

A Preise = Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

B Arbeitsproduktivität = Reales BIP pro Erwerbstätiger, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

C Verteilungsspielraum = Summe aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung.

Angaben für 2018: Prognose der Europäischen Kommission (2018).

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 3. Mai 2018), Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

beiden Preisindizes jedoch über längere Zeit auseinanderdriften, kann dies zu einer Fehleinschätzung der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit der Unternehmen führen.

Die *Verbraucherpreise* sind im Jahr 2017 gegenüber den Vorjahren wieder deutlich angestiegen: In den 28 EU-Mitgliedsländern nahm der HVPI gegenüber dem Vorjahr um 1,7% zu (Tabelle 2). Und auch innerhalb der Euro-Zone näherte sich die Preissteigerung mit 1,5% wieder deut-

lich stärker als in den Vorjahren der Zielvorgabe der EZB (nicht tabellarisch ausgewiesen). Erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. weist kein einziges EU-Land mehr deflationäre Tendenzen auf. Die geringste Preissteigerungsrate erzielte Irland (0,3%), gefolgt von Zypern 0,7% und Finnland (0,8%). Deutschland lag mit einem Zuwachs des HVPI von 1,7% genau im EU-Durchschnitt. In neun EU-Staaten überschritt die Verbraucherpreisen-

wicklung die 2,0 %-Marke, wobei Estland und Litauen mit 3,7 % die EU-weit höchsten Inflationsraten aufwiesen. Für das Jahr 2018 geht die Europäische Kommission davon aus, dass sich die Entwicklung der Verbraucherpreise im gleichen Tempo weiter fortsetzen wird und im EU-Durchschnitt erneut um 1,7 % zunimmt.

Die *Arbeitsproduktivität* wuchs im Jahr 2017 in der Europäischen Union mit 0,9 % nur geringfügig stärker als im Vorjahr. Auch im laufenden Jahr rechnet die Europäische Kommission nur mit einer moderaten Zunahme von 1,2 % (Tabelle 2). Damit verläuft die Produktivitätsentwicklung in Europa trotz Aufschwung nach wie vor sehr verhalten. In der Mehrzahl der nord-, west- und südeuropäischen Staaten lag die Produktivitätsentwicklung unterhalb von 1 %, wobei mit Luxemburg (-1,0 %), Griechenland (-0,8 %) und Portugal (-0,6 %) drei Länder sogar eine negative Produktivitätsentwicklung verzeichneten. Lediglich in Osteuropa lag die Produktivitätsentwicklung in den meisten Staaten oberhalb von 2 %. Eine Sonderstellung nimmt außerdem Irland ein, das aufgrund von Sondereffekten ein außerordentlich hohes Produktivitätswachstum von 5,8 % erzielte.³

Aus der wieder schneller zunehmenden Preisentwicklung und dem eher langsamen Produktivitätswachstum ergibt sich für 2017 europaweit rein rechnerisch ein *lohnpolitischer Verteilungsspielraum* von 2,6 % (Tabelle 2). Dieser weitet sich für das Jahr 2018 durch eine leicht verbesserte Performanz der Produktivität voraussichtlich auf 2,9 % aus. Nach diesem Maßstab besteht insbesondere in Osteuropa im laufenden Jahr beträchtlicher Spielraum für Lohnerhöhungen zwischen 2,5 % (Kroatien) und 7,8 % (Rumänien). In allen westeuropäischen Ländern sind derzeit verteilungsneutrale Lohnsteigerungen zwischen 2,9 % in Frankreich, 3,4 % in Österreich und 3,5 % in Großbritannien möglich. Luxemburg liegt mit 1,6 % deutlich unterhalb und Irland mit 4,2 % oberhalb dieser Marge. Aufgrund ihrer schwachen Produktivitätsentwicklung liegt der Verteilungsspielraum sowohl in Dänemark (1,4 %) als auch in den südeuropäischen Staaten Griechenland (0,7 %), Italien (1,9 %) Portugal (1,4 %), Spanien (1,6 %) und Zypern (1,5 %) unterhalb der 2 %-Marke.

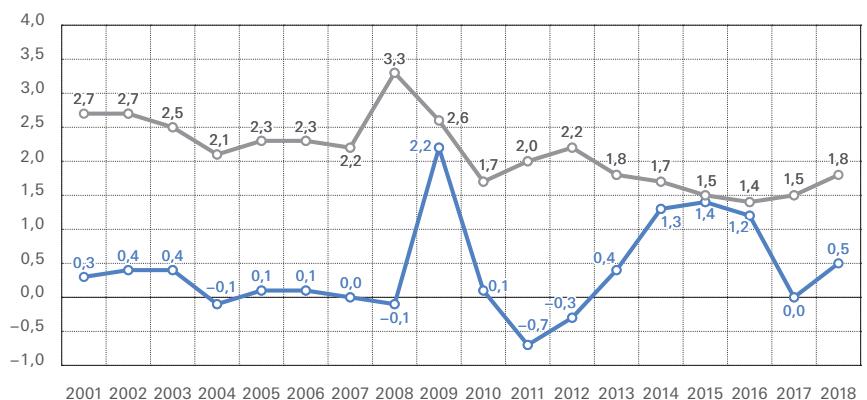
Die konventionelle Berechnungsweise des Verteilungsspielraums fußt dabei auf den jährlichen Zahlen für die tatsächliche Produktivitäts- und Preisentwicklung, was im Jahresvergleich zu relativ starken Schwankungen führt. Im Interesse einer langfristig ausgelegten Tarifpolitik empfiehlt sich deshalb eine Ausrichtung an der Trendproduktivität, die sich aus dem Produktivitätswachstum über mehrere Jahre ergibt. Für die Europäische Union liegt diese für den Zeitraum von 2009 bis 2018 bei durchschnittlich 0,8 %. Wenn dies mit der Zielmarke für die Preisentwicklung der EZB von 2,0 % kombiniert wird, ergibt sich hieraus ein Spielraum für kostenneutrale und nichtinflationäre Lohnerhöhungen von rund 2,8 % pro Jahr – der sich weiter ausweitet, wenn man ein höheres Potenzialwachstum der Produktivität berücksichtigt.

ABBILDUNG 1

Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2001–2018^a

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent

Nominal Real



^a Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Angaben für 2018: 1. Quartal.

Quelle: Europäische Zentralbank (Tariflöhne) und AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 3. Mai 2018), Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

3 Die Entwicklung der Tariflöhne

3.1 Der EZB-Tariflohnindikator

Bei der Analyse der Tariflohnentwicklung ergibt sich das grundsätzliche Problem, dass es für Europa keine offizielle Tariflohnstatistik gibt. Die EZB berechnet allerdings seit 15 Jahren einen „Indikator der Tarifverdienste“, um den von der Tarifpolitik ausgehenden Preisdruck abschätzen zu können (Kanutin 2015). Es handelt sich hierbei um sogenannte „experimentelle Daten“, die auf Grundlage nicht harmonisierter nationaler Datenquellen aus insgesamt elf Ländern berechnet werden, die zusammen 98 % der Lohnsumme der Euro-Zone abdecken.⁴

Der EZB-Indikator weist für das Jahr 2017 mit 1,5 % weiterhin eine nur sehr verhaltene Steigerung der Tariflöhne aus und liegt auf einem ähnlichen Niveau wie in den Vorjahren 2016 (1,4 %) und 2015 (1,5 %) (Abbildung 1).

² Es handelt sich hierbei um die doppelte Deflationierung, bei der Vorleistungen und Produktionswert getrennt preisbereinigt werden, um so die Entwicklung der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen zu berechnen (Eurostat 2005).

³ Siehe dazu Lübker/Schulten (2017, S. 424).

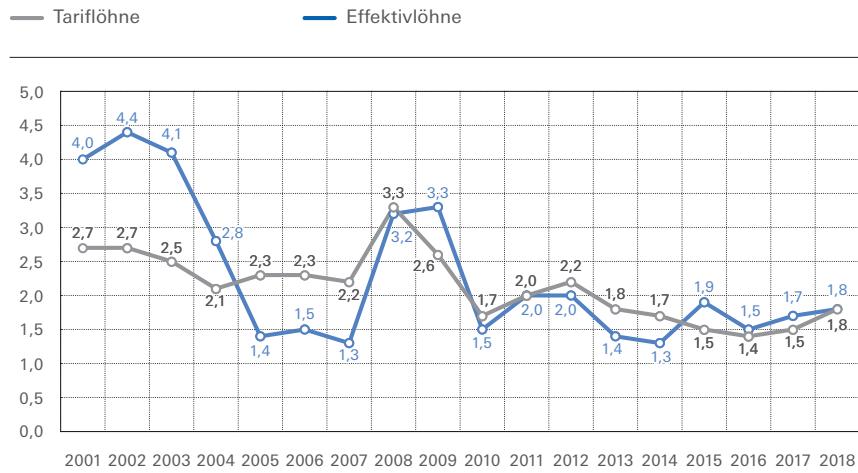
⁴ Bei der Berechnung des EZB-Tariflohnindikators werden die folgenden Länder berücksichtigt: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien und Spanien (Kanutin 2015).

Aufgrund der 2017 wieder deutlich angestiegenen Preissteigerungsraten wurde der Nominallohnzuwachs jedoch vollständig von der Inflation eingeholt, sodass die Tariflöhne real in diesem Jahr stagnierten. Für das Jahr 2018 deuten die Daten des ersten Quartals mit einer Zunahme der Tariflöhne um 1,8 % wieder auf eine leicht höhere Nominallohnentwicklung hin, die angesichts der Zunahme bei den Verbraucherpreisen jedoch nur zu bescheidenen Reallohnzuwächsen führt.

ABBILDUNG 2

Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne in der Euro-Zone, 2001–2018^a

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



A Effektivlöhne beziehen sich auf NACE Rev. 2 Abschnitte B bis N (2001 bis 2009) bzw. Abschnitte B bis S (ab 2010) ohne Berücksichtigung der Lohnnebenkosten. Angaben für 2018: 1. Quartal

Quelle: Europäische Zentralbank, Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

Im Vergleich zu den 2000er Jahren fallen die jährlichen Zuwächse bei den Tariflöhnen in den 2010er Jahren um durchschnittlich 0,8 Prozentpunkte niedriger aus. Trotz einer nunmehr seit einigen Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Erholung in der Euro-Zone bleibt die Entwicklungsdynamik bei den Tariflöhnen nach wie vor deutlich unter dem Niveau der Vorkrisenperiode. Dahinter verbirgt sich eine Vielzahl von Faktoren wie die geringe Preis- und Produktivitätsentwicklung, Veränderungen in der Struktur der Beschäftigung mit einem höheren Niedriglohnanteil (Kompositionseffekte) sowie Veränderungen der Tarifvertragsstrukturen, die mit einer Schwächung der Gewerkschaften einhergingen (OECD 2018; Schulten/Müller 2014).

Etwas volatiler als die Tariflöhne haben sich in den vergangenen Jahren die Effektivlöhne entwickelt, d.h. die tatsächlich an die Beschäftigten gezahlten Löhne und Gehälter (Abbildung 2).⁵ Im Jahr 2017 wuchsen die Effektivlöhne nach EZB-Daten mit 1,7 % etwas schneller als die Tariflöhne, sodass es zu einer leichten positiven Lohndrift

kam. Insgesamt lagen die Tarif- und Effektivlohnentwicklung in der Euro-Zone in den letzten Jahren jedoch relativ eng beieinander. Im Gegensatz dazu existiert in der ersten Hälfte der 2010er Jahre eine leicht negative Lohndrift, die jedoch deutlich geringer als in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre ausfiel.

3.2 Die Tariflohnentwicklung in ausgewählten EU-Staaten

Mangels einer einheitlichen Datenquelle muss bei der Analyse der Tariflohnentwicklung in Europa notgedrungen auf nicht harmonisierte nationale Datensätze zurückgegriffen werden, die in den meisten Fällen entweder von den nationalen Statistikämtern oder von den nationalen Arbeitsministerien erhoben werden und nur für eine begrenzte Anzahl von Ländern verfügbar sind.⁶ Eine Zusammenfassung der unterschiedlichen nationalen Tariflohndaten findet sich in der Tariflohn Datenbank von Eurofound, die derzeit insgesamt 14 EU-Staaten umfasst (Aumayr-Pintar/Fric 2018).

Besonders deutliche Tariferhöhungen konnten die Gewerkschaften im Jahr 2017 in den osteuropäischen Ländern Slowakei (4,5 %) und Tschechien (3,5 %) durchsetzen (Abbildung 3). Oberhalb von 2 % lagen die Tariflohnnerhöhungen in Portugal (2,6 %), Deutschland und Großbritannien (jeweils 2,4 %), Schweden (2,2 %) und Malta (2,1 %). Bereits deutlich schwächer fielen die Tariflohnzuwächse in den Niederlanden und Österreich (jeweils 1,5 %), Frankreich und Spanien (jeweils 1,4 %) und Belgien (1,1 %) aus. Das Schlusslicht bilden Italien mit 0,7 % und Finnland, das als einziges Land sogar einen leichten Rückgang der nominalen Tariflöhne um 0,3 % verzeichnete. Die finnischen Gewerkschaften hatten 2016 zusammen mit den Arbeitgeberverbänden und der finnischen Regierung einen tripartistischen „Wettbewerbspakt“ geschlossen, in dem u.a. für das Jahr 2017 ein allgemeiner Lohnstopp vereinbart worden war (Savolainen 2016).

Preisbereinigt fielen die Tariferhöhungen des Jahres 2017 zum Teil deutlich geringer aus. In der Slowakei stiegen die realen Tariflöhne mit 3,1 % am stärksten, gefolgt

5 Abbildung 2 verwendet hierzu den Lohnkostenindex der EZB, der keine Lohnnebenkosten berücksichtigt. Durch die andere Datengrundlage und Unterschiede in der geografischen Abdeckung (Europäische Union bzw. Euro-Zone) ergeben sich Abweichungen zu Tabelle 3.

6 Für einen Überblick zu den verschiedenen methodischen Verfahren zur Erfassung von Tariflöhnen siehe Van Gyes/Vandekerckhove (2016). Für Deutschland verwendet Eurofound die Tariflohn Daten des WSI.

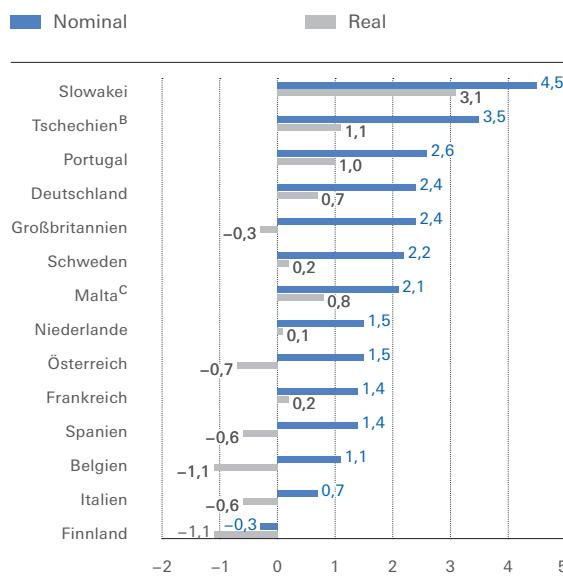
7 Hierzu gehören: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, die Slowakei und Tschechien (Eurofound 2018).

von Tschechien mit 1,1 % und Portugal mit 1 %. In Deutschland ergab sich nach Abzug der Preissteigerungsrate noch ein reales Plus von 0,7 %, das jedoch deutlich geringer als in den Vorjahren ausfiel (Schulten/WSI-Tarifarchiv 2018). In sechs der hier berücksichtigten 14 EU-Staaten mussten die Tarifvertragsbeschäftigen sogar Reallohnverluste hinnehmen. Am stärksten war der Rückgang in Belgien und Finnland, wo die Tariflöhne real um jeweils 1,1 % schrumpften.

ABBILDUNG 3

Entwicklung der Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2017^a

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



^a Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HPI).

^b Nur Tarifverträge mit vereinbarten Tariferhöhungen.

^c ohne den öffentlichen Sektor.

Quelle: Eurofound (2018)

4 Die Entwicklung der Effektivlöhne

Um die Entwicklung der Effektivlöhne, also der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter, auf einheitlicher Basis zu analysieren, wird im Folgenden erneut auf die AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission zurückgegriffen (vgl. Fußnote 1). Wie die Daten zur Arbeitsproduktivität (*Abschnitt 2.3*) beruhen diese auf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, sodass Lohn- und Produktivitätsentwicklung direkt miteinander vergleichbar sind.⁸ Wie aus *Tabelle 3* hervorgeht, hat sich das Wachstum der effektiven Nominallöhne von 1,3 % im Jahr 2015 und 1,8 % im Jahr 2016 auf 2,1 % im Jahr 2017 beschleunigt; für 2018 erwartet die Europäische Kommission noch einmal eine kräftige Beschleunigung des Lohnwachstums auf 2,8 %.

Zwischen den einzelnen Mitgliedsländern zeigen sich dabei deutliche Unterschiede. Ausgehend von einem anhaltend deutlich niedrigeren Niveau sind die Löhne in den vergangenen Jahren insbesondere in einigen osteuropäischen Ländern relativ schnell gewachsen. Absoluter Spitzenreiter ist hierbei Rumänien mit einem Nominallohnzuwachs von 16,0 %. In sechs weiteren osteuropäischen Staaten (die drei baltischen Länder sowie Bulgarien, Tschechien und Ungarn) wuchsen die Nominallöhne zwischen 5 % und 10 %. Außerhalb Osteuropas gab es die größten Nominallohnzuwächse in Großbritannien und Irland (jeweils 2,9 %), Luxemburg (2,8 %) und Deutschland (2,6 %). Mit einem Nominallohnrückgang von jeweils 1,1 % stechen hingegen Finnland und Kroatien hervor. Für das laufende Jahr prognostiziert die Europäische Kommission für 22 von 28 EU-Staaten eine weitere Beschleunigung der Nominallohnzuwächse.

Aufgrund der wieder erhöhten Inflationsraten fielen die Steigerungsraten bei den effektiven Reallöhnen in der EU gegenüber den Vorjahren insgesamt deutlich niedriger aus; im EU-Durchschnitt stiegen sie im Jahr 2017 nur noch um 0,4 % und damit deutlich langsamer als 2016 (1,5 %) und 2015 (1,3 %) (*Tabelle 3*). In neun von 24 EU-Staaten kam es 2017 zu einem Rückgang der Reallöhne, der mit 2,4 % in Kroatien am ausgeprägtesten war, gefolgt von Finnland und Spanien (jeweils -1,9 %) sowie Griechenland und Italien (jeweils -1,0 %). Leichtere Reallohnverluste gab es darüber hinaus in Österreich (-0,6 %), Belgien (-0,5 %), Portugal (-0,4 %) und Malta (-0,1 %). In den übrigen nord-, west- und südeuropäischen Staaten blieb die Reallohnentwicklung auf bescheidene Zuwachsraten zwischen 0,1 % Spanien und 0,9 % in Deutschland beschränkt. Lediglich in einigen osteuropäischen Ländern kam es zu deutlich kräftigeren Reallohnzuwächsen. Für 2018 erwar-

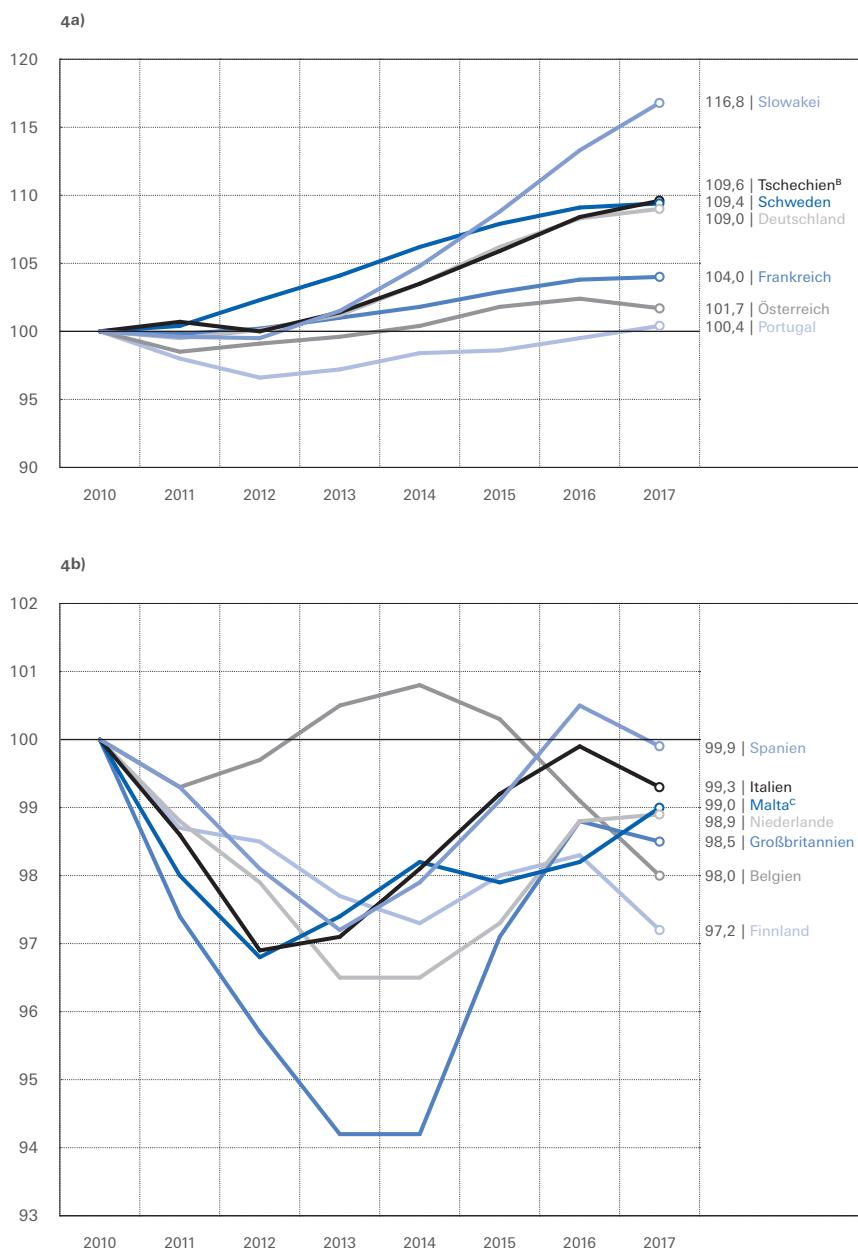
⁸ Die Daten beziehen sich auf Arbeitnehmerentgelte und schließen deshalb Arbeitnehmeranteile an der Sozialversicherung mit ein.

In der längerfristigen Entwicklung zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den hier berücksichtigten 14 Ländern. Im Zeitraum von 2010 bis 2017 sind preisbereinigt die Tariflöhne in der Slowakei (+16,8 %) mit Abstand am stärksten gestiegen (*Abbildung 4a*). Auch in Tschechien (+9,6 %), Schweden (+9,4 %) und Deutschland (+9,0 %) gab es im gleichen Zeitraum relativ kräftige Reallohnzuwächse. In der Hälfte der hier untersuchten Länder kam es im Laufe des aktuellen Jahrzehnts allerdings zu teilweise kräftigen Reallohnverlusten, sodass der Realwert der Tariflöhne in diesen Ländern 2017 immer noch unter dem Niveau des Jahres 2010 lag (*Abbildung 4b*). Am stärksten war der Rückgang dabei in Finnland (-2,8 %), Belgien (-2,0 %) und Großbritannien (-1,5 %).

ABBILDUNG 4

Entwicklung der realen Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2010–2017^a

Index, 2010 = 100

^a Inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).^b Nur Tarifverträge mit vereinbarten Tariferhöhungen.^c ohne den öffentlichen Sektor.

Quelle: Eurofound (2018)

der Beschäftigten zu leicht positiven Verteilungswirkungen führten, war die Verteilungsbilanz im Jahr 2017 mit $-0,5$ Prozentpunkten negativ (Tabelle 3). Im laufenden Jahr wird sich diese Entwicklung nach den Prognosen der Europäischen Kommission wieder etwas verbessern und mit $-0,2$ Prozentpunkten eine annähernd ausgeglichene Verteilungsbilanz hervorbringen.

5 Ungleichheitsdynamiken: Lohnquote und Lohnspreizung

5.1 Lohnquote und funktionale Einkommensverteilung

Langfristig wirkt sich ein Unter- oder Überschreiten des Verteilungsspielraums in fallenden bzw. steigenden Lohnquoten aus, also Veränderungen des Anteils der Arbeitnehmerentgelte an der gesamten Wertschöpfung. Die Analyse von Lohnquoten hat gegenüber dem direkten Vergleich von Nominallohnsteigerungen und Verteilungsspielraum den Vorteil, dass sie etwaige statistische Effekte umgeht, die sich aus Abweichungen des BIP-Deflators (der zur Produktivitätberechnung herangezogen wird) vom HVPI ergeben können (siehe dazu Lübker/Schulten 2017, S. 424 und S. 427). Andererseits bewirken Schwankungen des Anteils der abhängig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen Veränderungen der Lohnsumme. Der Europäische Tarifbericht des WSI verwendet deshalb die bereinigte Lohnquote, aus der solche Effekte bereits herausgerechnet wurden.⁹

Für die Länder der Europäischen Union wie auch darüber hinaus für die außereuropäischen OECD-Staaten ist ein deutlicher Rückgang der Lohnquote und die damit verbundene Verschiebung der funktionalen Einkommensverteilung hin zu Kapitaleinkommen für die vergangenen zwei Jahrzehnte gut belegt (Tamasauskiene et al. 2017; OECD 2018, S. 47ff.). Als Gründe werden die Liberalisierung der Kapitalmärkte (Jayadev 2007; Stockhammer et al. 2018), die Deregulierung der Arbeitsmärkte (Deakin et al. 2014) sowie die Dezentralisierung von Tarifabschlüssen genannt (Checchi/García-Péñalosa 2010). All diese Faktoren führen zu einer strukturellen Machtverschiebung zugunsten der Kapitalseite und schränken die Durchsetzungsmacht von Arbeitnehmerinteressen bei Tarifauseinandersetzungen ein (s. a. Bentolila/Saint-Paul 2003). Der Rückgang der Lohnquoten war außerdem ein wesentlicher Faktor hinter dem Anstieg der Ungleichheit in der Verteilung der Haushaltseinkommen (Checchi/García-Péñalosa 2010, S. 430f.).

tet die Europäische Kommission, dass sich das Reallohnwachstum mit 1 % wieder etwas beschleunigt.

Wenn die Entwicklung der effektiven Nominallöhne am lohnpolitischen Verteilungsspielraum gemessen wird, ergibt sich hieraus die *Verteilungsbilanz*. Während die Lohnsteigerungen der Jahre 2015 und 2016 aus Sicht

⁹ Zu den methodischen Annahmen siehe Freeman (2011).

TABELLE 3

Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union, 2015–2018

	Nominallöhne ^A				Reallöhne ^B				Verteilungsbilanz ^C			
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Nordeuropa												
Dänemark	1,8	1,3	1,3	2,2	1,5	1,3	0,3	1,3	1,4	0,9	-0,4	0,7
Finnland	1,4	1,3	-1,1	1,5	1,6	0,9	-1,9	0,2	1,3	-1,0	-3,4	-1,3
Schweden	2,7	2,8	2,1	2,7	2,0	1,6	0,2	0,7	-1,0	0,2	0,2	-0,2
Westeuropa												
Belgien	0,0	0,1	1,7	2,0	-0,6	-1,6	-0,5	0,5	-1,1	-1,9	-0,8	-0,1
Deutschland	2,7	2,2	2,6	3,1	2,5	1,8	0,9	1,5	1,7	1,2	0,2	0,2
Frankreich	0,9	1,0	1,8	2,3	0,8	0,7	0,7	0,6	-0,1	0,0	-0,2	-0,6
Großbritannien	1,1	3,3	2,9	2,9	1,0	2,6	0,2	0,4	0,4	2,1	-0,5	-0,6
Irland	2,1	2,0	2,9	2,5	2,2	2,3	2,7	1,7	-20,3	0,0	-3,1	-1,7
Luxemburg	3,0	0,7	2,8	2,6	3,0	0,7	0,7	1,1	2,7	0,7	1,7	1,0
Niederlande	-0,3	1,2	1,5	2,7	-0,5	1,1	0,2	1,2	-1,7	0,2	-1,0	0,5
Österreich	2,1	2,4	1,6	2,5	1,3	1,4	-0,6	0,4	0,8	1,2	-1,8	-0,9
Südeuropa												
Griechenland	-2,3	-0,9	0,1	0,8	-1,2	-0,9	-1,0	0,3	-0,2	-0,2	-0,3	0,1
Italien	1,0	0,3	0,3	2,1	0,9	0,3	-1,0	0,9	0,6	0,8	-1,7	0,3
Malta	5,1	2,9	1,1	3,4	3,9	2,0	-0,1	1,7	-1,8	0,6	-1,3	-0,1
Portugal	0,4	2,1	1,1	1,8	-0,1	1,4	-0,4	0,6	-0,5	1,5	0,1	0,3
Spanien	1,6	-0,3	0,1	1,1	2,3	0,0	-1,9	-0,3	2,0	-0,3	-2,1	-0,5
Zypern	-1,2	-0,7	0,7	1,4	0,3	0,5	0,1	0,6	-0,2	0,4	-0,4	-0,2
Osteuropa												
Bulgarien	5,6	5,8	7,5	7,6	6,8	7,2	6,3	5,7	3,5	3,7	4,6	3,1
Estland	3,3	5,9	5,4	6,5	3,3	5,0	1,7	3,4	4,4	3,3	-1,0	0,4
Kroatien	0,4	-0,2	-1,1	1,1	0,6	0,4	-2,4	-0,3	-0,5	-2,4	-3,0	-1,4
Lettland	7,7	6,8	7,9	7,8	7,5	6,7	4,9	5,0	6,0	4,2	1,1	2,2
Litauen	5,8	6,2	9,1	6,6	6,5	5,5	5,2	3,8	5,7	5,2	1,0	0,4
Polen	1,7	5,1	4,0	6,8	2,4	5,3	2,3	5,5	0,1	2,9	-0,9	2,1
Rumänien	1,9	10,1	16,0	8,7	2,3	11,3	14,7	4,3	-3,0	5,4	10,6	0,9
Slowakei	3,5	2,3	4,1	5,4	3,8	2,8	2,6	2,9	2,0	1,9	1,5	0,4
Slowenien	1,4	2,8	2,8	3,9	2,2	3,0	1,2	1,9	1,1	1,8	-0,9	-0,4
Tschechien	3,0	4,6	6,7	6,8	2,7	3,9	4,2	4,6	-1,1	2,7	1,5	2,1
Ungarn	-1,5	4,0	7,9	7,4	-1,6	3,5	5,4	5,0	-2,5	4,0	3,5	2,1
EU 28	1,3	1,8	2,1	2,8	1,3	1,5	0,4	1,0	0,2	0,8	-0,5	-0,2

a Nominallöhne = Nomiale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

b Reallöhne = Nomiale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

c Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und des Verteilungsspielraums (vgl. Tabelle 2) in Prozentpunkten.

Angaben für 2018: Prognose der Europäischen Kommission (2018).

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 3. Mai 2018), Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

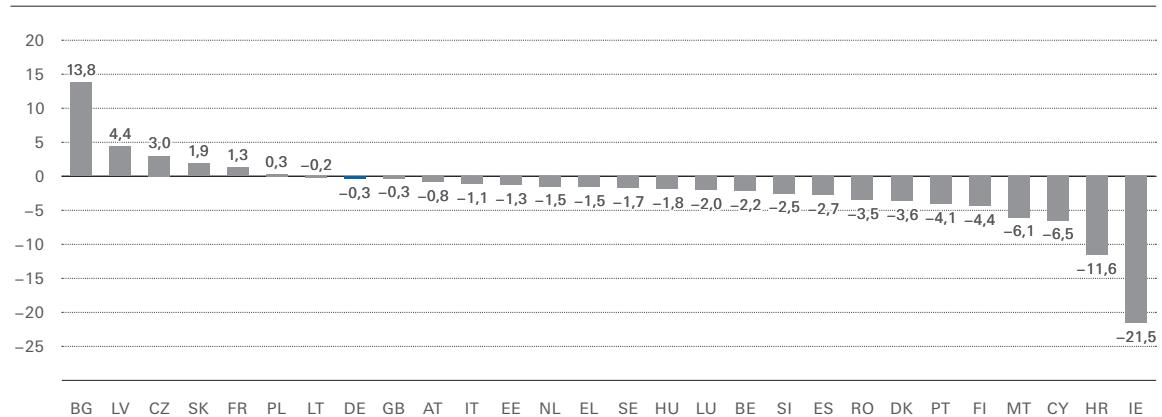
Abbildung 5 zeigt für die Zeit seit 2010, dass sich der Rückgang der Lohnquoten in vielen europäischen Ländern weiter fortgesetzt hat. Dies gilt vor allem für Länder wie z.B. Zypern (-6,5 Prozentpunkte), Finnland (-4,4 Prozentpunkte), Portugal (-4,1 Prozentpunkte) und Spanien (-2,7 Prozentpunkte), wo eine Kombination aus Austeritätspolitik und politischen Eingriffen in die Tarifvertragssysteme zu einer deutlichen Schwächung der Lohnentwicklung geführt hat (Schulten/Müller 2014;

Müller/Schulten 2018). Einen extrem ausgeprägten Rückgang der ausgewiesenen Lohnquote gab es auch in Irland (-21,5 Prozentpunkte), wo die – auf dem Papier stattgefundene – Gewinnverlagerung von multinationalen Unternehmen zu Steuervermeidungszwecken einen rasanten Anstieg der Kapitaleinkommen ausgelöst hat (s.a. Fuest et al. 2013). Während in einigen Ländern – wie u.a. in Deutschland (-0,3 Prozentpunkte) – die Lohnquoten über das gesamte Jahrzehnt gesehen relativ konstant blieb,

ABBILDUNG 5

Entwicklung der Lohnquoten in der Europäischen Union, 2010–2018

Angaben in Prozentpunkten



AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechische Republik, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EE = Estland, EL = Griechenland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, GB = Großbritannien, HU = Ungarn, IT = Italien, LT = Litauen, LU = Luxemburg, LV = Lettland, MT = Malta, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei

Bezieht sich auf die kumulative Veränderung der Lohnquote in Prozentpunkten, d.h. den voraussichtlichen Stand im Jahr 2018 (Prognose der Europäischen Kommission) im Vergleich zum Stand im Basisjahr 2009. Negative Werte stehen für fallende Lohnquoten.

Basiert auf der bereinigten Lohnquote in % des BIP zu Faktorkosten.

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 3. Mai 2018), Berechnungen des WSI

WSI Mitteilungen

gab es einige wenige osteuropäische Länder wie Bulgarien (+13,8 Prozentpunkte), Lettland (+4,4 Prozentpunkte) und Tschechien (+3,0 Prozentpunkte), in denen deutliche Lohnzuwächse zu einem höheren Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der Wertschöpfung geführt haben.

5.2 Lohnspreizung und Haushaltseinkommen

Deutliche Unterschiede zeigen sich innerhalb Europas auch hinsichtlich der Lohnungleichheit. Zu ihrer Darstellung werden traditionell die Dezilverhältnisse verwendet. Das D9/D5-Verhältnis setzt dabei die Löhne der Vollzeitbeschäftigte an der Obergrenze des 9. Dezils ins Verhältnis zum mittleren Dezil (D5), und das D5/D1-Verhältnis gibt das mittlere Dezil als Vielfaches der Löhne an der Obergrenze des 1. Dezils wieder. *Abbildung 6* veranschaulicht die aktuellsten verfügbaren Zahlen aus der OECD-Datenbank.

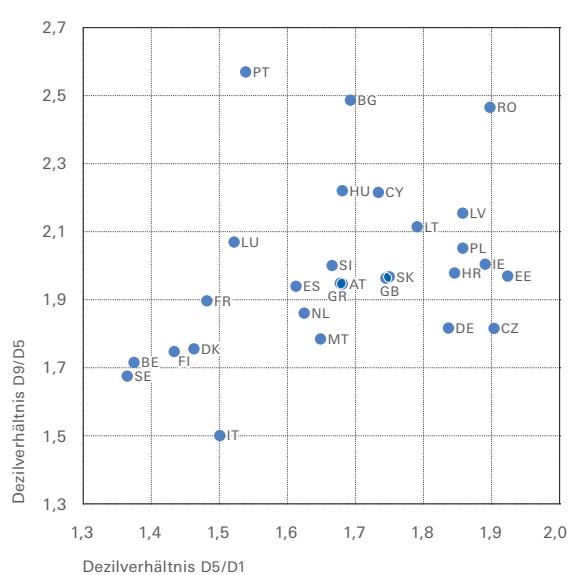
Die geringste Lohnungleichheit ist in den nordischen Staaten sowie Belgien, Frankreich und Italien festzustellen. Diese Länder weisen eine überdurchschnittlich hohe Tarifabdeckung und – im Falle der nordischen Staaten und Belgiens – auch eine starke Zentralisierung der Tarifverhandlungen auf, was wesentlich zu einer Stauchung der gesamten Lohnverteilung beiträgt (Wallerstein 1999; Checchi/García-Peña 2010, S. 424f.). In Frankreich kommt zudem ein relativ hoher Mindestlohn hinzu, der die Löhne des untersten Dezils disproportional anhebt (Lübker/Schulten 2018).

Eine deutlich größere Lohndifferenzierung weisen hingegen die meisten osteuropäischen Staaten auf. In Ru-

ABBILDUNG 6

Lohnspreizung in den Ländern der Europäischen Union, ca. 2014–2016

Dezilverhältnisse



Jeweils aktuellste verfügbare Daten;
bezieht sich auf die Dezilobergrenzen des 1., 5. und 9. Dezils.
Nur Beschäftigte in Vollzeit bzw. Vollzeitäquivalente.

Quelle: OECD Earnings Database

WSI Mitteilungen

mänen, Bulgarien und Lettland überschreitet das D9/D1-Verhältnis die Schwelle von 4,0 – die Löhne der Besserverdienenden sind hier also viermal so hoch wie im 1. Dezil (verglichen mit einem Multiplikatorwert von 2,3 in Schweden). Unter den westlichen Ländern sticht Deutschland mit einem D5/D1-Verhältnis von 1,84 hervor (2016), das deutlich über dem Wert der Vergleichsgruppe liegt. Hierin spiegelt sich die trotz Einführung des Mindestlohns weiterhin große Bedeutung des Niedriglohnsektors in Deutschland wider, in dem nach OECD-Daten im selben Jahr hierzulande 18,9 % der Vollzeitbeschäftigen arbeiteten.

Wie die Untersuchungen von Checchi/García-Péñalosa (2010) gezeigt haben, ist die Lohnspreizung neben der Arbeitslosigkeit ein wesentlicher Einflussfaktor für die gesamtgesellschaftliche Ungleichheit. Dieser Zusammenhang lässt sich auch anhand der jüngsten OECD-Daten zu Lohnspreizung in Verbindung mit den Daten der Luxembourg Income Study (LIS) für die Verteilung der Haushaltseinkommen zeigen. Im Längsschnittvergleich führt eine Zunahme des D9/D1-Verhältnisses um 1 zu einem Anstieg des Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Markteinkommen um 0,028; ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 10 Prozentpunkte führt zu einer Steigerung um 0,044.¹⁰ Da der Gini-Koeffizient nur eine Spannweite von 0 (perfekte Gleichverteilung) bis 1 (ein Haushalt verfügt über sämtliche Einkommen) aufweist, sind beide Werte mit erheblichen Verteilungswirkungen verbunden.

der drohenden Handelskonflikte insbesondere mit den USA mit großen Risiken behaftet.

In den wirtschaftspolitischen Debatten Europas setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass eine langfristig stabile Wirtschaftsentwicklung nur durch ein inklusives Wachstumsmodell zu erreichen ist, das die soziale Ungleichheit reduziert und breite Bevölkerungsschichten an der wirtschaftlichen Entwicklung partizipieren lässt. Nachdem über lange Zeit hinweg die Rolle der Arbeitsmarktinstitutionen in diesen Debatten eher vernachlässigt wurde, haben die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nun eine gemeinsame Studie vorgelegt, die die zentrale Rolle der Tarifvertragssysteme für ein inklusives Wachstumsmodell betont (ILO/OECD 2018). Dabei sind es gerade die umverteilenden Wirkungen starker Tarifvertragsinstitutionen, die durch eine Erhöhung der Lohnquote und eine Reduzierung der Lohnspreizung eine inklusive Wirtschaftsentwicklung unterstützen können (s. a. Onaran/Obst 2016). Eine Erhöhung der Tarifbindung und eine Stärkung der Tarifvertragssysteme sollten deshalb ganz oben auf der wirtschaftspolitischen Agenda in Europa stehen. ■

LITERATUR

6 Ausblick: Stärkung der Tarifpolitik für inklusives Wachstum in Europa!

Die ökonomische Entwicklung in Europa hat sich in den letzten Jahren merklich erholt und den meisten Wirtschaftsprognosen zufolge wird sich der Wachstumspfad auch im kommenden Jahr weiter fortsetzen (z. B. Hohlfeld et al. 2018). Allerdings liegt die Arbeitslosigkeit in der Mehrzahl der EU-Staaten immer noch höher als vor der großen Wirtschaftskrise 2008ff. Hinzu kommt, dass der Beschäftigungsaufschwung in vielen Ländern vor allem durch prekäre Jobs geprägt ist, womit die soziale Ungleichheit weiter zunimmt. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis einer neoliberalen Krisenpolitik, die eine Deregulierung von Arbeitsmarktinstitutionen und Schwächung der Tarifvertragssysteme forciert hat (Müller/Schulten 2018).

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die aktuelle Lohndynamik in Europa im Vergleich zu den Boomjahren des vorherigen Jahrzehnts deutlich schwächer ausfällt (OECD 2018). Die im gesamteuropäischen Durchschnitt eher moderate Lohnentwicklung trägt auch dazu bei, dass die Preisentwicklung nach wie vor recht schwach ist und die Ziel-inflationsrate der EZB nicht erreicht wird. Zwar unterstützt eine solche Entwicklung in einigen Bereichen die europäische Exportindustrie. Eine weitere Zunahme der europäischen Leistungsbilanzüberschüsse und eine damit einhergehende Abhängigkeit vom Weltmarkt ist jedoch angesichts

- Acemoglu, D.** (2002): Technical change, inequality, and the labor market, in: Journal of Economic Literature 40 (1), S. 7–72
- Aumayr-Pintar, C. / Fric, K.** (2018): Developments in collectively agreed pay 2000–2017, Dublin (im Erscheinen)
- Bentolila, S. / Saint-Paul, G.** (2003): Explaining movements in the labor share, in: Contributions in Macroeconomics 3 (1), DOI: 10.2202/1534-6005.1103
- Checchi, D. / García-Péñalosa, C.** (2010): Labour market institutions and the personal distribution of income in the OECD, in: Economica 77 (307), S. 413–450
- Deakin, S. / Malmberg, J. / Sarkar, P.** (2014): How do labour laws affect unemployment and the labour share of national income? The experience of six OECD countries, 1970–2010, in: International Labour Review 153 (1), S. 1–27
- Eurofound** (2018): EurWORK Database of Wages, Working Time and Collective Disputes, Version 2.0, <https://www.eurofound.europa.eu/observatories/european-observatory-of-working-life-eurwork/database-of-wages-working-time-and-collective-disputes>
- Europäische Kommission** (2018): European Economic Forecast – Spring 2018, European Economy Institutional Paper Nr. 77, Luxemburg, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ipo77_en.pdf
- Eurostat** (2005): Handbuch zur Preis- und Volumenmessung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Luxemburg, <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3859598/5827189/KS-41-01-543-DE.PDF/166eea37-fec2-4f5d-8df4-e304b3b82dd4>
- Freeman, R. A.** (2011): Accounting for the self-employed in labour share estimates: The case of the United States, OECD Science, Technology and Industry Working Papers 2011/04, Paris
- Fuest, C. / Spengel, C. / Finke, K. / Heckemeyer, J. K. / Nusser, H.** (2013): Profit shifting and “aggressive” tax planning by multinational firms: Issues and options for reform, Centre for European Economic Research: ZEW Discussion Paper No. 13-078, Mannheim
- Galor, O. / Moav, O.** (2000): Ability-biased technological transition, wage inequality, and economic growth, in: Quarterly Journal of Economics 115 (2), S. 469–497
- Hayter, S.** (2015): Unions and collective bargaining, in: Berg, J. (Hrsg.): Labour markets, institutions and inequality. Building just societies in the 21st Century, Cheltenham, S. 95–122
- Herzog-Stein, A. / Hohlfeld, P. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S.** (2018): Politische Risiken gefährden globalen Aufschwung. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2018/2019, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: IMK-Report (136), Düsseldorf, https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_136_2018.pdf
- Hohlfeld, P. / Theobald, T. / Tober, S.** (2018): Aufschwung intakt, Risikolage verschärft, Prognose-Update: Die konjunkturelle Lage Deutschlands zur Jahresmitte

¹⁰ Nur Haushalte mit einem Vorstand im Haupterwerbsalter von 25 bis 59 Jahren; eigene Auswertung der LIS-Datenbank. Beruht auf einer Panelregression mit two-way fixed effects für Länder und Jahre; n = 75 (aus 15 Ländern). Beide Koeffizienten sind auf dem 0,1%-Niveau signifikant (robuste Standardfehler), $R^2 = 0,942$.

- 2018, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: IMK-Report (140), Düsseldorf, https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_140_2018.pdf
- Horn, G. / Watt, A.** (2017): Wages and nominal and real unit labour cost differentials in EMU, European Commission: European Economy Discussion Paper (59), https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/dp_059_en.pdf
- ILO (International Labour Organization) / OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development)** (2018): Building trust in a changing world of work, the global deal for decent work and inclusive growth flagship report 2018, o. O., <http://www.theglobaldeal.com/app/uploads/2018/05/GLOBAL-DEAL-FLAGSHIP-REPORT-2018.pdf>
- Jaumotte, F. / Osorio-Buitron, C.** (2015): Inequality and labor market institutions. International Monetary Fund, Washington
- Jayadev, A.** (2007): Capital account openness and the labour share of income, in: Cambridge Journal of Economics 31 (3), S. 423–443
- Kanutin, A.** (2015): The ECB's experimental indicator of negotiated wages, paper presented at the ISTAT Workshop on labour costs, Rome (5.–6. Mai 2015), http://www.istat.it/en/files/2015/04/Item-5.2-Negotiated-wage-rate-indicator_ECB.pdf
- Kristal, T. / Cohen, Y.** (2017): The causes of rising wage inequality: the race between institutions and technology, in: Socio-Economic Review 15 (1), S. 187–212
- Lübker, M. / Schulten, T.** (2017): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2016/2017, in: WSI-Mitteilungen 70 (6), S. 421–431, https://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_110571_110583.htm
- Lübker, M. / Schulten, T.** (2018): WSI-Mindestlohnbericht 2018: Preisentwicklung dämpft reale Lohnzuwächse, in: WSI-Mitteilungen 71 (2), S. 124–131, https://www.boeckler.de/113513_113524.htm
- Müller, T. / Schulten, T.** (2018): Ein Ende des lohnpolitischen Interventionismus? Perspektiven für eine lohnpolitische Neuorientierung in Europa, in: Soukup, N. (Hrsg.): Kurswechsel in Richtung eines sozialen Europa, Wien (im Erscheinen)
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development)** (2018): OECD Employment Outlook 2018, Paris
- Pontusson, J. / Rueda, D. / Way, C. R.** (2002): Comparative political economy of wage distribution: The role of partisanship and labour market institutions, in: British Journal of Political Science 32 (2), S. 281–308
- Onaran, Ö. / Obst, T.** (2016): Wage-led growth in the EU15 member-states: the effects of income distribution on growth, investment, trade balance and inflation, in: Cambridge Journal of Economics 40 (6), S. 1517–1551
- Savolainen, A.** (2016): Finland: Tripartite competitiveness pact signed, Eurofound EurWORK September, <https://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/articles/working-conditions-industrial-relations-business/finland-triangular-competitiveness-pact-signed>
- Schulten, T. / Müller, T.** (2014): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: Lehndorff, S. (Hrsg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited, Hamburg, S. 273–301
- Schulten, T. / WSI-Tarifarchiv** (2018): Tarifpolitischer Jahresbericht 2017 – gedämpfte Reallohnzuwächse, in: WSI-Mitteilungen 71 (2), S. 132–139, https://www.boeckler.de/113513_113523.htm
- Stockhammer, E. / Kohler, K. / Guschnask, A.** (2018): The impact of financialisation on the wage share: a theoretical clarification and empirical test, Post-Keynesian Economic Society Working Paper (1802), <http://www.postkeynesian.net/downloads/working-papers/PKWP1802.pdf>
- Tamasauskiene, Z. / Seputiene, J. / Balvociute, R. / Berzinskienė-Juozainienė, D.** (2017): The impact of wage share on domestic demand in the European Union, in: Eurasian Economic Review 7 (1), S. 115–132
- Van Gyes, G. / Vandekerckhove, S.** (2016): Tariflohnstatistiken in Europa – Methodische Schwierigkeiten beim europäischen Vergleich von Tariflöhnen, in: Müller, T. / Schulten, T. / Van Gyes, G. (Hrsg.): Lohnpolitik unter europäischer ‚Economic Governance‘. Alternative Strategien für inklusives Wachstum, Hamburg, S. 20–39
- Wallerstein, M.** (1999): Wage-setting institutions and pay inequality in advanced industrial societies, in: American Journal of Political Science, Vol. 43 (3), S. 649–680

AUTOREN

MALTE LÜBKER, Dr., ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Löhne, personale und funktionale Einkommensverteilung und Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat.

@ malte-luebker@boeckler.de

THORSTEN SCHULTEN, Prof. Dr., ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: WSI-Tarifarchiv, Arbeits- und Tarifpolitik in Europa.

@ thorsten-schulten@boeckler.de